



Die Gemeinde

Magazin für kommunale Arbeit in der Steiermark

Jahrgang 78

Nummer 11

November 2023



Frauen stärken – Lebensräume schaffen

Der 18. Wettbewerb Zukunftsgemeinde Steiermark stand ganz im Zeichen der Frauen: Wer Frauen stärkt, schafft Lebensräume und Lebensqualität in der eigenen Gemeinde. Von 87 Einreichungen wurden die besten Projekte der Steiermark prämiert.

Seiten 4-5

Fußverkehr soll gesteigert werden

Durch eine neue Strategie des Landes soll eine Steigerung des Fußverkehrs-Anteils und damit einhergehend eine noch höhere Lebensqualität im öffentlichen Raum erreicht werden. Das soll auch dazu beitragen, unsere Ortskerne weiter zu attraktivieren.

Bericht auf Seite 7

Landesregierung baut sich um

Knapp ein Jahr vor der Landtagswahl vollzog sich in der Landesregierung eine entscheidende, für die Gemeinden wichtige Personalrochade. Wohnbau, Landwirtschaft, Gesundheit und Pflege werden in Zukunft durch zwei neue Regierungsmitglieder verantwortet.

Bericht auf Seite 10

Aktuelles vom

Gemeinde
bund
Steiermark



Mit Auszeichnung des Landes Steiermark

Für viele überraschend wurde Anfang Oktober eine Grundsatzvereinbarung für den Finanzausgleich paktiert. In den aktuellen Verhandlungen geht es um jene Details, die für unsere Gemeinden besonders entscheidend sind.

Seite 13

Kürzlich absolvierte Lehrgänge und bevorstehende Seminare

Im Einvernehmen mit dem Gemeindebund Steiermark und dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung wurden kürzlich wieder zwei Lehrgänge in den Räumlichkeiten der Gemeindeverwaltungsschule abgehalten:

- Standesbeamten-Lehrgang: 18.09.2023 bis 30.09.2023
- Basislehrgang 33 C: 02.10.2023 bis 13.10.2023

Wir bedanken uns bei allen TeilnehmerInnen sowie ReferentInnen für ihren Einsatz bei der Durchführung der beiden Lehrgänge!

Unsere (Online-)Seminare im November und Dezember 2023:

- ♣ Österreichischer Kataster: Grundlagenwissen, Verfahren und praktische Anwendungen für Gemeinden, 06.11.2023 von 09.00 bis 14.00 Uhr
- ♣ ONLINESEMINAR: Gemeindefinanzen kompakt erklärt - Einführung (inkl. Novelle VRV 2015 und StGHVO), 07.11.2023 von 09.00 bis 12.30 Uhr
- ♣ Kommunikation speziell für MitarbeiterInnen in Bürgerservicestellen und Bereichen mit intensivem Parteienverkehr, 07.11.2023 von 09.00 bis 17.00 Uhr
- ♣ Insolvenzrecht - unter besonderer Berücksichtigung der Gemeinden als Gläubiger, 08.11.2023 von 09.00 bis 13.00 Uhr
- ♣ Behördliches Katastrophenschutz-Management - Management im Einsatzfall (MODUL 3) - Führungsverfahren, Stabsarbeit, 08.11.2023 von 09.00 bis 17.00 Uhr
- ♣ VRV 2015: Budgetsteuerung und -überwachung, 09.11.2023 von 09.00 bis 12.30 Uhr und 13.30 bis 17.00 Uhr
- ♣ Leitfaden durchs Labyrinth - Die Vergebüßung im baubehördlichen Verfahren, 09.11.2023 von 09.00 bis 17.00 Uhr
- ♣ Personalverrechnung für Gemeinden - Grundlagen für EinsteigerInnen, 15.11.2023 von 09.00 bis 17.00 Uhr
- ♣ Namensrecht, 16.11.2023 von 13.00 bis 17.00 Uhr
- ♣ Aktuelle Themen des Vergaberechts von der Regionalität über Preissteigerungen, Kartellrecht und Compliance sowie Nachhaltigkeit, 20.11.2023 von 09.00 bis 17.00 Uhr
- ♣ Personalführung und -verwaltung, 21.11.2023 von 09.00 bis 17.00 Uhr
- ♣ Nachbarrechte kompakt, 22.11.2023 von 13.00 bis 17.00 Uhr
- ♣ Die standesamtliche Eheschließung - Rhetorik, Auftreten, Vorbereitung und Ablauf einer gelungenen Trauung, 27.11.2023 bis 28.11.2023 von 09.00 bis 17.00 Uhr und am 29.11.2023 von 09.00 bis 13.00 Uhr
- ♣ ONLINESEMINAR: Erweitern Sie Ihre Schreibkompetenz im beruflichen Gemeindealltag - Verständliches Aufbereiten von textlichen E-Mails bis hin zu komplexen Sachverhalten, 27.11.2023 von 09.00 bis 13.00 Uhr
- ♣ Neu in der Gemeinde, 29.11.2023 von 13.00 bis 17.00 Uhr
- ♣ Besteuerung der Gemeinden - Schwerpunkt Umsatzsteuer, 30.11.2023 von 09.00 bis 17.00 Uhr

Eine Anmeldung ist mittels entsprechendem Online-Login über unsere Homepage möglich. Ist der gewünschte Termin zum Zeitpunkt der Anmeldung bereits ausgebucht, empfiehlt sich eine Anmeldung auf die Warteliste.

Wir freuen uns über eine Seminarteilnahme!

Das Team steht Ihnen bei Fragen gerne unter der Telefonnummer 0316/42 47 70 oder via E-Mail an akademie@gemeindebund.steiermark.at zur Verfügung.

Finanzausgleichsverhandlungen befinden sich in der finalen Phase

Noch in der letzten Ausgabe berichteten wir von der Forderung der Gemeindebund-Spitzen nach einer Beschleunigung der Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich. Im Oktober wurden die Eckpunkte für das neue Paktum zum FAG festgelegt. Nun geht es darum, die Details für die Verteilung der zusätzlichen 2,4 Milliarden Euro für Länder und Gemeinden festzulegen.

Die politische Runde der FAG-Partner hat Anfang Oktober eine Einigung bei der Verteilung der mehr als 100 Milliarden Euro Steuermittel gebracht.

Zukunftsfonds: 1,1 Mrd. für wichtige Projekte

Bund, Länder und Gemeinden haben sich unter anderem auf die Schaffung eines Zukunftsfonds geeinigt, der insgesamt 1,2 Milliarden Euro an frischem Geld für Elementarpädagogik, Wohnbau, Sanierung und Klimaschutz in die Länder und Gemeinden bringen wird. Die Mittel aus dem Zukunftsfonds werden dem Land Steiermark und den STEIRISCHEN GEMEINDEN dabei helfen, die Ausgabendynamik in den Bereichen Kinderbetreuung, Pflege und Gesundheit etwas zu bremsen.

Strukturfonds wird auf 120 Mio. aufgestockt

Zusätzlich wurde auch die Aufstockung des Strukturfonds, der vor allem ländliche und finanzschwache Gemeinden fördern soll, vereinbart. Vielen Gemeinden in der Steiermark wird diese Erhöhung auf 120 Mil-

lionen Euro unmittelbar zu Gute kommen.

Die Details, die aber durchaus noch einige Herausforderungen mit sich bringen, müssen noch ausgearbeitet werden. Der 1. Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes und Präsident des Gemeindebundes Steiermark Erwin Dirnberger betonte, dass das Ergebnis zwar kein Grund zum Jubeln aber ein akzeptabler Kompromiss sei. „Die diesjährigen Finanzausgleichsverhandlungen stellen wichtige Weichen für die Zukunft und bringen auch in schwierigen Zeiten mehr Geld in die Gemeinden und vor allem auch in den ländlichen Raum. Mit dem Zukunftsfonds können die Gemeinden und Städte im Land die zukünftige Ausgabendynamik gerade bei der Kinderbetreuung abfedern.“

Ergebnis besser als vom Bund zuerst angeboten

Das Paktum zum Finanzausgleich 2024 bis 2028 umfasst frische Bundes-Mittel in Höhe von durchschnittlich rund 2,4 Mrd. Euro pro Jahr für Länder und Gemeinden. Vor dem Hintergrund, dass der Bund zu



Präsident Dirnberger verhandelt den Finanzausgleich. Gde.bund

Beginn der Verhandlungen lediglich 500 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln angeboten hat, ist es erfreulich, dass somit ein akzeptables und wesentlich besseres Ergebnis erreicht wurde als im Jahr 2017, als lediglich 300 Millionen frisches Geld verhandelt werden konnten.

50 % der Zukunftsfonds-Mittel für die Gemeinden

Nach dieser Grundsatzeinigung zu den neuen Mitteln in Höhe von 2,4 Milliarden Euro, davon 1,1 Milliarden Euro im Zukunftsfonds, für Länder und Gemeinden werden aktuell die Details verhandelt.

Der Österreichische Gemeindebund stellt dazu klar: „Wir erwarten, dass mindestens 50 Prozent der Mittel des Zukunftsfonds an die Gemeinden gehen. Die Kommunen haben große Herausforderungen vor allem im Ausbau der Elementarpädagogik zu stemmen und brauchen hier auch ei-

nen klaren langfristigen Plan und damit für jedes Jahr fix planbare zusätzliche Mittel. Ansonsten wäre der Ausbau der Kinderbetreuung wahrscheinlich nicht zu schaffen“, erklärte der 1. Vizepräsident Erwin Dirnberger im Namen des Präsidiums.

Die Finanzausgleichsverhandlungen gehen nun in die Zielgerade. Der Österreichische Gemeindebund bringt sich in vielen Arbeitsgruppen ein. Wichtige Themen für den Gemeindebund sind - neben den zusätzlichen Mitteln durch den Zukunftsfonds - die Erhöhung der Strukturfondsmittel für die finanzschwächeren Kommunen, mehr Geld für die Finanzierung von Pflege und Gesundheit sowie die Reform der Grundsteuer.

„Die bereits zugesagte Verdoppelung des Strukturfonds von 60 auf 120 Millionen Euro ist ein wichtiger Verhandlungserfolg für den Gemeindebund. Damit werden die strukturschwachen Gemeinden direkt unterstützt“, so Dirnberger. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Reform der Grundsteuer, die der Gemeindebund seit Jahren einfordert. „Es braucht jetzt einen klaren Fahrplan, bis wann die Reform umgesetzt werden soll. Seit Jahren wird dieses Thema wie eine heiße Kartoffel hin und hergeschoben. Die Gemeinden erwarten sich bei diesem Thema Unterstützung durch den Bund“, betont Dirnberger abschließend.